

Es gilt das gesprochene Wort!

**Annelie Buntenbach
Geschäftsführender Bundesvorstand
des Deutschen Gewerkschaftsbundes**

**Kundgebung gegen Atomenergie,
gegen ein Atommüll-Endlager in Gorleben und
gegen den Castor-Transport 2010**

Dannenberg, 6. November 2010

The logo of the German Trade Union Confederation (DGB) is located in the bottom left corner. It consists of a red parallelogram with the white letters 'DGB' inside.

Liebe Mitdemonstrantinnen, liebe Mitdemonstranten,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, dass heute so viele hierhin gekommen sind, dass so viele Menschen in diesem Herbst gegen Atomkraft, gegen immer mehr Atommüll und gegen die Laufzeitverlängerung für die AKWs auf die Straße gehen.

Ganz besonders begrüße ich natürlich die vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die heute hier sind!

Die Demonstration heute, der Protest und Widerstand in den nächsten Tagen gegen den Castor, die vielfältigen Aktionen in diesem Herbst zeigen, dass die Anti-AKW-Bewegung, die mancher gern totgesagt hätte, ausgesprochen lebendig ist – und das ist gut so!

Das ist ein lautes und klares Signal nach Berlin: Wir wollen keine längeren Laufzeiten für Schrottreaktoren, wir wollen nicht noch mehr strahlenden Atommüll!

Es gibt kein sicheres Endlager. All das, was uns die Politik über die angebliche Sicherheit von der ASSE über Morsleben und Schacht Konrad bis nach Gorleben erzählen, sind dreiste Lügen!

Ich freue mich sehr, Euch hier heute die solidarischen Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu überbringen. Die Gewerkschaften haben den Deal von Bundesregierung und Atomlobby, die Laufzeiten zu verlängern, scharf kritisiert und zu den Protesten aufgerufen.

Heute stehen wir nicht nur hier in Dannenberg auf der Straße. Auch in Hannover findet eine große Demonstration statt, zu der der DGB aufgerufen hat. Dort demonstrieren Tausende gegen die unsoziale Politik der Bundesregierung, gegen die eklatante soziale Schieflage in Deutschland, die CDU/CSU und FDP jeden Tag verschärfen.

Wir demonstrieren auch in Hannover ganz ausdrücklich gegen die Laufzeitverlängerung. Weil diese beiden Demonstrationen zusammengehören, spricht in Hannover Wolfgang Heisenberg von der Bäuerlichen Notgemeinschaft, und ich bin hier, um die Grüße des DGB und der Demonstrantinnen und Demonstranten aus Hannover ins Wendland zu bringen.

Bei der Laufzeitverlängerung – aber auch quer durch die gesamte Agenda von Schwarz-Gelb, stecken die Konzerne die immensen Gewinne in die Tasche und die Folgen werden uns vor die Tür gekippt. Wo wir hingucken: Schwarz-Gelb macht Politik gegen die Bevölkerung.

Zum Beispiel Hartz IV – ganze 5 Euro soll es geben, für die Kinder entgegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts immer noch keine vernünftige Chance. So wie die Bundesregierung bei der Atomenergie die Risiken ignoriert, ignoriert sie bei Hartz IV die Menschenwürde.

Zum Beispiel die Hotelsteuer – da wird den Mövenpicks und Co. eine Mrd. Euro geschenkt, aber für die Heizkosten von ALG-II-Beziehern soll kein Geld mehr da sein.

Ein letztes Beispiel: die Kopfpauschale – für mich das Sinnbild der unsozialen Politik von Schwarz-Gelb. Damit will Minister Rösler der Solidarität im Gesundheitswesen den Garaus machen. Alle Kostensteigerungen der Zukunft sollen allein die Versicherten zahlen, die Arbeitgeber sind fein raus.

Die Kopfpauschale gehört nicht ins Bundesgesetzblatt, sondern in ein politisches Endlager, und zwar ohne Zwischenstation! Das Gesetz wäre im Schacht Konrad bestens aufgehoben, gleich neben der Rente erst ab 67!

Wir brauchen einen Kurswechsel. Wir wollen eine andere Politik – keine Klientelpolitik à la FDP, sondern eine Politik, die die Interessen der Menschen im Blick hat und nicht ständig vor den Konzernen in die Knie geht, wie das die Bundesregierung tut.

Schluss mit Hinterzimmerpolitik! Es muss ein Ende haben, dass die Bosse der Großkonzerne der Regierung die Politik diktieren! Das sind vordemokratische Zustände, mit denen wir uns nicht abfinden werden!

Die Klientelpolitik von Schwarz-Gelb verschärft die Umverteilung von unten nach oben – sie vernichtet auch mutwillig die Ansätze für den so dringend notwendigen Klimawandel.

Mit der AKW-Politik bremst sie einen der ganz wenigen Wirtschaftszweige aus, in dem hunderttausende neue Arbeitsplätze entstanden sind und der ein wirklich hohes Zukunftspotenzial hat – die erneuerbaren Energien. Eine echte Erfolgsgeschichte, die nicht durch ein grundfalsches Energiekonzept und die Verlängerung der Laufzeiten gefährdet werden darf!

Aber lasst mich eins auch ansprechen: Auch die inzwischen 340.000 Menschen, die in diesem Wirtschaftszweig arbeiten, brauchen gute Arbeitsbedingungen, vernünftige Arbeitszeiten und Bezahlung, sie brauchen Mitbestimmung und Betriebsrätinnen und Betriebsräte, mit denen sie gemeinsam dafür sorgen können, dass ihre Interessen respektiert werden.

Nachhaltigkeit heißt nicht allein, die Belange der Umwelt zu respektieren, sondern auch, dass die Menschen im Zentrum stehen sollen.

Wir brauchen mehr Demokratie in der ganzen Gesellschaft, aber eben auch im Betrieb.

Mit ihren Entscheidungen in diesem Herbst über die absolut unverantwortliche Laufzeitverlängerung, aber auch die Verschärfung der sozialen Schieflage provoziert die Bundesregierung gesellschaftliche Konflikte und Eskalation.

Wir mischen uns hier mit Nachdruck ein – im Betrieb und auch auf der Straße. Wir leben schließlich in einer demokratischen Republik und nicht in einem Obrigkeitsstaat.

Aber diese schwarz-gelbe Spaltung der Gesellschaft wird ausgetragen auf dem Rücken der Bevölkerung, der Demonstranten, die sich einmischen, aber auch der Polizisten, die das ausbaden haben. Von denen der größte Teil, jedenfalls unserer gewerkschaftlichen Kollegen, genau wie der größte Teil der gesamten Bevölkerung, die Verlängerung der Laufzeiten ablehnen.

Was gar nicht geht: Strahlende Gelddruckmaschinen für die Einen und den Müll und die gesellschaftliche Ausgrenzung für die Andern. Wir wollen eine Gesellschaft auf Augenhöhe, die die Interessen der Menschen respektiert.

Da haben wir noch eine Menge vor, dafür werden wir kämpfen – und ich bin sicher, dass Gewerkschaften und Anti-AKW-Bewegung gemeinsam hier eine große Ausstrahlung haben werden.

Dafür wünsche ich uns viel Erfolg!